



Niederschrift

Sondersitzung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Sitzungstermin:	Montag, 17.11.2025
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:36 Uhr
Raum, Ort:	Bürgerschaftssaal des Rathauses, Markt, 17489 Greifswald

Anwesend

Vorsitz

Prof. Dr. Madeleine Tolani

Mitglied

Dr. Andreas Kerath

Kira Wisnewski

Shady Al-Khoury

Johannes Barsch

Ulf Burmeister

Camille Damm

Bernd Fleischmann

Robert Gabel

Tobias Gehrke

Yvonne Görs

Dr. Anke Hahnenkamp

Torsten Heil

Hennis Herbst

Tobias Herkules

Katharina Horn

Anja Hübner

Antonia Linea Huhn

Jörg König

Nikolaus Kramer

Jörg-Uwe Krüger

Franziska Leesch

Jürgen Liedtke

Dr. Thomas Meyer

Marian Alfred Moscinski

Prof. Dr. Markus Münzenberg

Gerd-Martin Rappen

ab TOP 2 (öffentlicher Teil)

Stephan J. Reuken	bis TOP 8 (öffentlicher Teil)
Susanne Schmidt	
Dr. Mignon Schwenke	
Lea Alexandra Siewert	
Birgit Socher	bis TOP 7 (öffentlicher Teil)
Dr. Jörg Valentin	
Erik von Malottki	
Prof. Dr. Felix von Podewils	
Luis Weber	bis TOP 7 (öffentlicher Teil)
Andreas Winter	
Dr. Monique Wölk	
Ingo Ziola	

Protokollführung
Sarah Wiesenberg

Abwesend

<u>Mitglied</u>	
Yannick Elias Bauer	abwesend
Stephan Bucars	entschuldigt
Axel Hochschild	entschuldigt
Grit Wuschek	entschuldigt

Verwaltung

Dr. Stefan Fassbinder	Oberbürgermeister, Dezernent für Innere Verwaltung, Bildung, Kultur und Sport
Achim Lerm	Dezernent für Bauwesen, Umwelt, Bürgerservice und Brandschutz, 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters
Tobias Schreiber	Rechtsamt, 2. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/Einwohnerinnen
- 4 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
- 5 Mitteilungen der Präsidentin unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern
- 6 Beratung der Beschlussvorlagen
 - 6.1 Überplanmäßige Aufwendung zur Finanzierung der Wohnsitzgemeindeanteile gemäß KiföG M-V BV-V/08/0214
 - 6.2 Überplanmäßige Ausgabe für das Städtebauliche Sondervermögen 194 "Ostseeviertel Parkseite" BV-V/08/0215
 - 6.3 Erhöhung des investiven Eigenanteils und zukünftiger Betrieb des Segelschulschiffes GREIF BV-V/08/0226
 - 6.3.1 Änderungsantrag zu: "Erhöhung des investiven Eigenanteils und zukünftiger Betrieb des Segelschulschiffes GREIF" (BV-V/08/0226) BV-V/08/0226-01
Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative
 - 6.3.2 Änderungsantrag zu: Erhöhung des investiven Eigenanteils und zukünftiger Betrieb des Segelschulschiffes GREIF BV-V/08/0226-03
Antrag zur Vorlage BV-V/08/0226
Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke

neue Version am 17.11.2025 - finanzielle Auswirkungen ergänzt
 - 6.4 Stopp des Regionalschulteils des Inklusiven Schulzentrums BV-P-ö/08/0169-02
Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative
 - 6.5 Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen BV-V/08/0177
 - 6.5.1 Änderungsantrag zu: Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen BV-V/08/0177-01
Antrag zur Vorlage BV-V/08/0177
AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft
 - 6.6 Keine Pachtgebührenverdoppelung für Kleingärten BV-P-ö/08/0178-01
Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke, Marian Alfred Moscinski, Yannick Elias Bauer, Tobias Gehrke, Robert Gabel

zurückgezogen

6.7	Haushalt 2025/2026 - Umsetzung der rechtsaufsichtlichen Entscheidung vom 15.04.2025	BV-V/08/0170-07
6.7.1	Änderungsantrag zu: Haushalt 2025/2026 - Umsetzung der rechtsaufsichtlichen Entscheidung vom 15.04.2025 - Keine Pachterhöhung für Kleingärten - Antrag zur Vorlage BV-V/08/0170-01 <i>Hennis Herbst, Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke</i> <i>zurückgezogen</i>	BV-V/08/0170-03
6.7.2	Änderungsantrag zur Vorlage Haushalt 2025/2026 - Umsetzung der rechtsaufsichtlichen Entscheidung vom 15.04.2025 Antrag zur Vorlage BV-V/08/0170-01 <i>Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</i> <i>zurückgezogen</i>	BV-V/08/0170-04
6.7.3	Änderungsantrag zu: "Änderungsantrag zur Vorlage Haushalt 2025/2026 - Umsetzung der rechtsaufsichtlichen Entscheidung vom 15.04.2025 - Antrag zur Vorlage BV-V/08/0170-01" (BV-V/08/0170-04) der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN <i>CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald</i> <i>zurückgezogen</i>	BV-V/08/0170-06
6.7.4	Änderungsantrag zu: Haushalt 2025/2026 - Umsetzung der rechtsaufsichtlichen Entscheidung vom 15.04.2025 - Anpassung der Pachten für Kleingärten- Antrag zur Vorlage BV-V/08/0170-01 <i>Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</i> <i>zurückgezogen</i>	BV-V/08/0170-08
6.7.5	Änderungsantrag zu: Haushalt 2025/2026 - Umsetzung der rechtsaufsichtlichen Entscheidung vom 15.04.2025 Antrag zur Vorlage BV-V/08/0170-07 <i>Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald</i>	BV-V/08/0170-09
6.8	Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes <i>Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative</i>	BV-P-ö/08/0165-01
6.9	Haushaltskonsolidierung verwaltungstechnisch umsetzen! <i>AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft</i>	BV-P-ö/08/0166
6.10	Haushaltskonsolidierung nachhaltig denken <i>Dr. Thomas Meyer, Susanne Schmidt, Ulf Burmeister, interfraktionell angestrebt</i> <i>neue Version am 17.11.2025</i>	BV-P-ö/08/0182-02
6.11	Greifswald stabilisiert sich handlungsfähig - Stufenplan für Haushalt und Kredite <i>AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft</i>	BV-P-ö/08/0175-01

6.12 Greifswald stark & solidarisch: Gewerbesteuer moderat anpassen

BV-P-ö/08/0181-01

Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI

neue Version am 10.11.2025 - finanzielle Auswirkungen ergänzt

7 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

8 Ende der Sitzung

Nichtöffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

3 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

4 Mitteilungen der Präsidentin

5 Beratung der Beschlussvorlagen

6 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

7 Ende der Sitzung

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . eröffnet die öffentliche Sitzung.
- . stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
- . gibt einige Hinweise zum Livestream, zur Speicherung der Aufnahme, zur Möglichkeit des Widerspruchs der eigenen Aufnahme, zur Löschung sowie zum Verbot der Replizierung. Einen Widerspruch gegen die eigene Aufnahme gibt es auf Nachfrage nicht.
- . informiert über die anwesenden Medienvertretenden.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . informiert über

nachträglich eingegangene Änderungsanträge

- „Änderungsantrag zu: Erhöhung des investiven Eigenanteils und zukünftiger Betrieb des Segelschulschiffes GREIF
Antrag zur Vorlage BV-V/08/0226“ (BV-V/08/0226-03) der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke
- „Änderungsantrag zu: Haushalt 2025/2026 - Umsetzung der rechtsaufsichtlichen Entscheidung vom 15.04.2025
Antrag zur Vorlage BV-V/08/0170-07“ (BV-V/08/0170-09) der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald

Neue Versionen

- zu TOP 6.10 „Haushaltskonsolidierung nachhaltig denken“ (BV-P-ö/08/0182-02)
- zu TOP 6.12 „Greifswald stark & solidarisch: Gewerbesteuer moderat anpassen“ (BV-P-ö/08/0181-01)

zurückgezogene Vorlagen und Änderungsanträge

- TOP 6.6 „Keine Pachtgebührenverdoppelung für Kleingärten“ (BV-P-ö/08/0178-01) der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke, Marian Alfred Moscinski, Yannick Elias Bauer, Tobias Gehrke, Robert Gabel
- TOP 6.7.1 „Änderungsantrag zu:
Haushalt 2025/2026 - Umsetzung der rechtsaufsichtlichen Entscheidung vom 15.04.2025
- Keine Pachterhöhung für Kleingärten -

Antrag zur Vorlage BV-V/08/0170-01“ (BV-V/08/0170-03) von Hennis Herbst, Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke

- TOP 6.7.2 „*Änderungsantrag zur Vorlage Haushalt 2025/2026 - Umsetzung der rechtsaufsichtlichen Entscheidung vom 15.04.2025*
Antrag zur Vorlage BV-V/08/0170-01“ (BV-V/08/0170-04) der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- TOP 6.7.3 „*Änderungsantrag zu:*
“Änderungsantrag zur Vorlage Haushalt 2025/2026 - Umsetzung der rechtsaufsichtlichen Entscheidung vom 15.04.2025 - Antrag zur Vorlage BV-V/08/0170-01“
(BV-V/08/0170-04) der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ (BV-V/08/0170-06) der CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald
- TOP 6.7.4 „*Änderungsantrag zu: Haushalt 2025/2026 - Umsetzung der rechtsaufsichtlichen Entscheidung vom 15.04.2025 - Anpassung der Pachten für Kleingärten-*
Antrag zur Vorlage BV-V/08/0170-01“ (BV-V/08/0170-05) der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

. teilt mit, dass sich das Präsidium darauf verständigt habe, die

- TOPs 6.5 bis 6.7.5 sowie die
- TOPs 6.8 bis 6.11

in verbundener Aussprache zu behandeln und getrennt abzustimmen.

Allerdings habe der Oberbürgermeister darauf hingewiesen, dass die Beschlussvorlage unter dem TOP 6.5 „*Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen*“ (BV-V/08/0177) der Finanzierung der Investitionsauszahlungen für das Jahr 2025 diene. Daher werde die Beschlussvorlage nicht im Block, sondern gesondert behandelt.

Außerdem habe sich das Präsidium jeweils auf eine doppelte Redezeit für die im Block zu behandelnden Vorlagen geeinigt.

Frau Hübner informiert auf Nachfrage der **Präsidentin der Bürgerschaft**, dass der TOP 6.12 „*Greifswald stark & solidarisch: Gewerbesteuer moderat anpassen*“ (BV-P-ö/08/0181-01) für diese Sitzung zurückgezogen und für die nächste Sitzung der Bürgerschaft vorgesehen werde.

Herr Rappen

. beantragt den TOP 6.3 „*Erhöhung des investiven Eigenanteils und zukünftiger Betrieb des Segelschulschiffes GREIF*“ (BV-V/08/0226) und die dazugehörigen Änderungsanträge unter den TOPs 6.3.1 und 6.3.2 von der Tagesordnung abzusetzen und in der Sitzung der Bürgerschaft am 08.12.2025 zu beraten. Ein Grund dafür seien die erst vor wenigen Tagen zugesandten Informationen, welche in den Fraktionen noch nicht ausreichend besprochen werden konnten.

Herr Herbst

. bedankt sich bei der Verwaltung, dass das Gespräch mit den Kleingärtnern und Kleingärtnerinnen aufgenommen worden sei und die entsprechenden Beschlussvorlagen daher zurückgezogen werden können.

. schließt sich dem Antrag von Herrn Rappen an.

Herr Liedtke

. plädiert ebenfalls für die Absetzung des Tagesordnungspunktes zur Greif.

Herr König nimmt an der Sitzung teil.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Absetzung des TOPs 6.3 „*Erhöhung des investiven Eigenanteils und zukünftiger Betrieb des Segelschulschiffes GREIF*“ (BV-V/08/0226) und der dazugehörigen Änderungsanträge unter den TOPs 6.3.1 und 6.3.2 abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
38	0	1

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
39	0	0

3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/Einwohnerinnen

Herr Lichy

. bedankt sich für die Gesprächsrunde zwischen dem Kreisvorstand der Kleingärten und der Verwaltung hinsichtlich der Pachten und ist froh, dass diese Thematik damit erledigt sei.
. regt an, im nächsten Jahr die Kleingartenordnung zu beraten und zu beschließen.

Herr Hannemann

. äußert seine Besorgnis über das aktuelle Kriegsgeschehen.
. geht auf die russische Partnerstadt Wyborg der Universitäts- und Hansestadt Greifswald ein und bittet den Oberbürgermeister, ein Zeichen des Friedens zu setzen.

Frau Kiesow

. berichtet von den militärischen Übungsflügen über dem Greifswalder Stadtgebiet und von der dadurch verursachten Beunruhigung in der Bevölkerung.
Die Stadt habe sich bereits durch Mayors for Peace der Friedensarbeit verschrieben.
. bittet darum, einen Appell an die Bundesregierung zu senden.

Herr Leonard

. zeigt anhand von Bildern Missstände an einigen Gehwegen im Ostseevierviertel auf.

Herr Lerm

. geht auf die Problematik der Gehwege ein und sagt, dass das Thema mit der vorbereitenden Untersuchung für die Sanierung des Volksstadions aufgegriffen werde.
Hierbei sei die Gehwegsanierung ein zentraler Punkt.

Herr Liedtke

. macht deutlich, dass die Ortsteilvertretung im Ostseevierviertel sehr aktiv sei und regelmäßig Ortsteilbegehungen durchführe. Die Probleme seien bekannt und die Ortsteilvertretung kümmere sich bereits um diese Thematik.
. bittet zukünftig, solche Anliegen in den Sitzungen der Ortsteilvertretung vorzubringen.

Frau Dr. C. Schmidt

- . bittet die Bürgerschaft, in ihrer Sitzung am 08.12.2025 tatsächlich über die Thematik zum Segelschulschiff „Greif“ zu entscheiden. Mit jedem Tag, der vergehe, steigen die Preise.
- . verstehe nicht, weshalb nur ein einziges Mitglied der Bürgerschaft die Einladung zur Besichtigung der Greif wahrgenommen habe.
- . berichtet von dem Fortschritt der Instandsetzungen.
- . plädiert für die weitere Unterstützung des Segelschulschiffes durch die Stadt.

Herr Heil

- . macht deutlich, dass die Mitglieder der Bürgerschaft ehrenamtlich tätig seien und der angebotene Termin für die Besichtigung der Greif zeitlich schwierig wahrzunehmen gewesen sei. Das bedeute nicht, dass die Bürgerschaft kein Interesse habe.

4 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

keine

5 Mitteilungen der Präsidentin unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . informiert über einen nichtöffentlich gefassten Beschluss der letzten Sitzung der Bürgerschaft. Die Übersicht wird als Anlage dem Tagesordnungspunkt beigelegt.
- . weist außerdem darauf hin, dass ihr die Vorsitzende des Fördervereins „Rahsegler GREIF e.V.“ im Vorfeld der Sitzung eine Unterschriftensammlung mit 3.104 Unterschriften zur Fortsetzung der Sanierung des Segelschulschiffs „Greif“ überreicht habe.

Anlage 1 Beschlussliste der nichtöffentlichen Beschlüsse der Sitzung der Bürgerschaft am 13.10.2025 öffentlich

6 Beratung der Beschlussvorlagen

6.1 Überplanmäßige Aufwendung zur Finanzierung der Wohnsitzgemeindeanteile gemäß KiföG M-V

BV-V/08/0214

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die überplanmäßige Aufwendung in Höhe von insgesamt **786.400,00 €** für den Anteil der Wohnsitzgemeinde an der Finanzierung der Platzkosten der Kindertagesbetreuung gemäß KiföG M-V.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
38	0	1

6.2 Überplanmäßige Ausgabe für das Städtebauliche Sondervermögen 194 "Ostseeviertel Parkseite"

BV-V/08/0215

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt die überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 1.009.779,22 Euro für die bereits durchgeführten Erschließungsmaßnahmen „Quartier A3“, „Quartier B4“ und „Quartier C3“ im Städtebaulichen Sondervermögen 194 „Ostseeviertel Parkseite“.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
38	0	1

Anlage 1 2025-08-28_LFI an 02.1 Anhörung bzgl. vollst. Rückzahlung - B4
nichtöffentlich

Anlage 2 2025-08-28_LFI an 02.1 Anhörung bzgl. vollst. Rückzahlung - C3
nichtöffentlich

Anlage 3 2025-08-28_LFI an 02.1 Anhörung bzgl. vollst. Rückzahlung-A3
nichtöffentlich

Anlage 4 2010-09-01-Plan Stadtumbau 2002 - 2011 öffentlich

6.3 Erhöhung des investiven Eigenanteils und zukünftiger Betrieb des Segelschulschiffes GREIF BV-V/08/0226

Ergebnis:

vertagt

6.3.1 Änderungsantrag zu: "Erhöhung des investiven Eigenanteils und zukünftiger Betrieb des Segelschulschiffes GREIF" (BV-V/08/0226)

Ergebnis:

vertagt

6.3.2 Änderungsantrag zu: Erhöhung des investiven Eigenanteils und zukünftiger Betrieb des Segelschulschiffes GREIF

Antrag zur Vorlage BV-V/08/0226

BV-V/08/0226-03

Ergebnis:

vertagt

6.4 Stopp des Regionalschulteils des Inklusiven Schulzentrums

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Winter bringt die Beschlussvorlage der Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative ein.

Herr Herbst

- . plädiert dafür, dass die Stadt kinderfreundlicher werden müsse und dazu gehöre u. a. auch der Bau dieser Schule.
- . geht auf die Finanzierung ein und zeigt auf, dass die finanziellen Auswirkungen bei den laufenden Kosten im Kernhaushalt lägen. Investitionen könnten nicht in den laufenden Bereich übertragen werden.
- . macht auf die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen aufmerksam. Folge man der Vorlage, habe die Stadt einen weiteren Verlust von 7 Mio. EUR und einen zusätzlichen zeitlichen Verzug.
- . zeigt den zusätzlichen Mehraufwand und die mit der Vorlage verbundenen anschließenden Kosten auf.
- . betont, dass die zusätzlichen Kapazitäten benötigt werden und eine gute Bildung für die Zukunft der Kinder notwendig sei.

Frau Damm

- . sagt, dass trotz der wirtschaftlichen Situation der Stadt im Bereich Bildung nicht gespart werden sollte.
- . weist auf die Schadensersatzzahlungen und die Rückzahlung von Fördermitteln hin, die durch diesen Beschluss auf die Stadt zukämen.
- . begrüßt den Bau des Schulzentrums auch im Hinblick auf die Sanierung der anderen Schulen.

Herr Rappen

- . berichtet, dass die CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald in der Vergangenheit die Kostensteigerungen und Zeitverzögerungen dieses Projektes kritisiert habe. Da seit dem Sommer die Bauarbeiten voranschreiten, sei ein Stopp nun nicht mehr zu verantworten. Das neue Schulzentrum schaffe öffentliche Infrastruktur mit einer hochmodernen Ausstattung. Mit dem Schulbau werde ein Ausweichstandort für in die Jahre gekommene Schulen geschaffen.
- . teilt mit, dass die CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald die Beschlussvorlage ablehnen werde.

Herr Liedtke

- . macht auf die enorme Kostensteigerung dieses Bauprojektes aufmerksam.
- . ist der Meinung, dass die Schule mit weniger finanziellen Mitteln gebaut werden könnte.
- . bittet um Zustimmung.

Herr Winter

- . hält es für schwierig, die Finanzierung in Millionenhöhe bei der aktuellen Haushaltslage vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Mit diesem Geld könnten andere Projekte bewältigt werden.
- . bittet um Alternativvorschläge in der Größenordnung zur Haushaltsreduzierung. Mit dieser Vorlage solle der Stadt die Handlungsfähigkeit zurückgegeben werden und nicht signalisiert werden, dass Bildung generell abgelehnt werde.
- . weist darauf hin, dass laut Statistik in den Grundschulen bereits Überkapazitäten beständen.

Herr Al-Khouri

- . ist der Meinung, dass mit Abzug aller Kosten durch den Stopp des Schulzentrums mindestens 48 Mio. EUR eingespart werden könnten.

Herr von Malottki

- . erinnert daran, dass auch Eltern Steuern zahlen und vermutet, dass sie die Schaffung von besseren Bedingungen in der Bildung befürworten.

- . berichtet aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft, dass die Verwaltung die Zahlen hinsichtlich der Behauptung der Überkapazitäten widerlegt habe.
- . betont den Mehrwert des neu geschaffenen Schulzentrums.
- . bittet die Bürgerschaft, der Empfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft zu folgen und die Beschlussvorlage abzulehnen.

Frau Hübner

- . stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Aussprache.

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . erinnert an die Einigung des Präsidiums, dass vor dem Schluss der Debatte durch einen solchen Antrag jede Fraktion die Möglichkeit haben sollte, einen Redebeitrag zu leisten. Daher erhält Herr Burmeister noch das Wort. Und die AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft bekommt ebenfalls die Option, sich zu Wort zu melden.

Es gibt formale Gegenrede zum Geschäftsordnungsantrag.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Aussprache abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	29	1

Bei der Abstimmung hat Herr Kramer seine Stimme nicht abgegeben.

Herr Burmeister

- . informiert, dass die Schulentwicklungsplanung des Landkreises Vorpommern-Greifswald für 2035 von einer Überkapazität von 400 Schülern und Schülerinnen im Grund- und Regionalschulbereich ausgehe.
- Der Fakt, dass die Schule bereits als Ausweichstandort geplant werde, deute ebenfalls auf keine bestehende Auslastung hin.
- . berichtet über den Entstehungsprozess des Schulzentrums sowie das Zustandekommen der damit verbundenen, enormen Verzögerungen.
- . merkt an, dass der Standort keine ideale Wahl gewesen sei.
- . plädierte damals dafür, dass der Bau in verschiedenen Bauabschnitten und nicht als ein Gesamtprojekt erstellt werde. Dann hätte es zwischendurch andere Entscheidungsoptionen gegeben.
- . macht deutlich, dass die tatsächlichen hohen Ausgaben durch die laufenden Kosten und nicht durch die einmalig geplanten Investitionen entstünden.

Frau Damm

- . weist darauf hin, dass der Kreistag die Bedarfsplanung bestätigt und erneut beschlossen habe.
- . hält fest, dass bei einem günstigen Bau deutlich schneller Nacharbeiten und Renovierungsarbeiten anfielen.
- . erinnert daran, dass bereits Kosten reduziert und Mittel hinsichtlich der Schule gesperrt worden seien.

Herr Al-Khouri

- . stellt klar, dass sich die Beschlussvorlage lediglich auf den Regionalschulteil beziehe. Der Grundschulteil und die Sporthalle sollen weiterhin gebaut werden.

Herr Kramer

. sagt, dass die AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft die Beschlussvorlage ablehnen werde, da der Antrag nicht genügend ausdifferenziert sei. Mittlerweile seien zu viel Planung, Zeit, Geld und Energie in dieses Projekt gesteckt worden, als dass der Stopp des Projektes jetzt noch der Öffentlichkeit sinnvoll dargelegt werden könne.

Herr Lerm

. bekräftigt, dass das Projekt mittlerweile zu weit vorangeschritten sei, als dass der Stopp nun ohne große Verluste umgesetzt werden könne.

Die Stadt versuche stetig, neue Einnahmequellen zu generieren, um den Haushalt zu verbessern. Greifswald sei eine wachsende Stadt und man werde versuchen, weitere Schlüsselzuweisungen über Zuzug zu generieren. Durch die Ausweisung neuer Baugebiete solle die Auslastung der Schule gestärkt werden.

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald sei mit dem Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und dem Staatlichen Schulamt im regen Austausch und beide Institutionen befürworten das Projekt ausdrücklich.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr Fleischmann seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Die Baumaßnahmen zur Realisierung des Regionalschulteils des Inklusiven Schulzentrums Am Ellernholzteich werden mit sofortiger Wirkung gestoppt. Die dadurch freiwerdenden Mittel sind zum Haushaltsausgleich bzw. zur Verringerung der Kreditaufnahme einzusetzen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	29	4

Anlage 1 Statistik Schulentwicklungsplanung öffentlich

6.5 Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

BV-V/08/0177

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Dr. Valentin bringt den Änderungsantrag „*Änderungsantrag zu: Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Antrag zur Vorlage BV-V/08/0177*“ der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft ein.

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. weist wiederholt darauf hin, dass die Sitzungsdaten in den Punkten 2 und 3 des Beschlussvorschlages in der Vergangenheit liegen.

Die Daten der Sitzungen der Bürgerschaft werden seitens des Einbringers auf die kommende Sitzung geändert.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über den geänderten Änderungsantrag „**Änderungsantrag zu:**
Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen
Antrag zur Vorlage BV-V/08/0177“ der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr Ziola seine Stimme nicht abgegeben.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr Ziola seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, Investitionskredite bis zu einem Volumen in Höhe von 17.226.400 EUR aufzunehmen. Die Kredite werden zu möglichst günstigen Konditionen auf dem freien Kreditmarkt aufgenommen. Vor der Kreditaufnahme werden Angebote eingeholt. Die Kredite werden beim günstigsten Anbieter aufgenommen.

Über das Ergebnis der Kreditaufnahme ist die Bürgerschaft zu informieren.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
25	7	6

6.5.1 Änderungsantrag zu:

**Aufnahme von Krediten für Investitionen und
Investitionsförderungsmaßnahmen**

BV-V/08/0177-01

Antrag zur Vorlage BV-V/08/0177

behandelt unter TOP 6.5

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt:

Der Beschluss zur Kreditaufnahme gemäß Vorlage (BV-V/08/0177) wird um folgende Punkte ergänzt:

1. Vor der Inanspruchnahme der Kreditermächtigung ist sicherzustellen, dass die Verwendung der Kreditmittel im Einklang mit haushaltskonsolidierenden Maßnahmen steht. Ein gesonderter Konsolidierungsantrag (BV-P-ö/08/0166) liegt bereits zum Beschluss durch die Bürgerschaft vor. Investitionen sind nur umzusetzen, wenn:
 - sie eindeutig Pflichtaufgaben der Daseinsvorsorge dienen,
 - ihr mittel- bis langfristiger haushaltswirksamer Effekt in Bezug auf Folgekosten dargestellt ist, und
 - sie nicht im Widerspruch zu konkret beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen stehen.Die Verwaltung legt hierzu vor dem Abruf von Krediten einen Prüfbericht vor, der die

Vereinbarkeit der geplanten Investitionen mit dem Konsolidierungsziel nachweist.

2. Die Stadtverwaltung legt bis spätestens 8. Dezember 2025 eine systematische Priorisierungsmatrix für Investitionsprojekte mit folgenden Mindestkriterien vor:

- Pflichtigkeit / Freiwilligkeit,
- Investitionsvolumen,
- Folgekosten (Zins, Tilgung, Betrieb, Personal),
- Nachhaltigkeit und Einsparpotenziale,
- Vereinbarkeit mit Konsolidierungszielen.

Die Bewertung ist jährlich fortzuschreiben und in den Haushaltsaufstellungen zu berücksichtigen.

3. Die Stadtverwaltung erstellt bis spätestens zum 8. Dezember 2025 einen integrierten Investitions- und Finanzierungsrahmen bis 2030, der:

- geplante Kreditaufnahmen,
- zugehörige Investitionsvorhaben,
- laufende Tilgungsverpflichtungen, und
- die jährliche Schuldendienstquote im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt darstellt.

Der Finanzierungsrahmen ist jährlich fortzuschreiben und in den Haushaltsentwurf einzubetten.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
10	27	1

6.6 Keine Pachtgebührenverdoppelung für Kleingärten

BV-P-ö/08/0178-01

Ergebnis:

zurückgezogen

6.7 Haushalt 2025/2026 - Umsetzung der rechtsaufsichtlichen Entscheidung vom 15.04.2025

BV-V/08/0170-07

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Barsch bringt den Änderungsantrag „*Änderungsantrag zu: Haushalt 2025/2026 - Umsetzung der rechtsaufsichtlichen Entscheidung vom 15.04.2025*
Antrag zur Vorlage BV-V/08/0170-07“ (BV-V/08/0170-09) der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald ein.

Frau Damm

. gibt einen Rückblick auf die Entstehung des Haushaltes 2025/26 und den damit verbundenen, heute vorliegenden, gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen.
. stellt heraus, dass im Bereich Bildung keine Einsparungen erfolgen sollten.
. betont, dass es die Aufgabe der Mandatstragenden sei, sich in den Haushalt hineinzudenken, um fundierte Entscheidungen treffen zu können. Die Erfahrung zeige, dass stets mit finanziellen Schwankungen zu rechnen sei.
Sollte heute keine Entscheidung zum Haushalt getroffen werden, leiden vor allem die Vereine und soziokulturellen Einrichtungen darunter.
. bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag.

Herr Rappen

. geht auf die internen und externen Ursachen für die derzeitige Haushaltslage ein. Im Änderungsantrag werden globale Minderausgaben vorgesehen, wovon wichtige Produkte ausgenommen worden seien.
. kündigt an, dass die CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald den Stellenplan für die Jahre 2027/28 genau prüfen und auch zukünftige Stellen priorisieren müsse.
. appelliert an die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern, den Kommunen genügend Luft zum Atmen zu lassen.
. wirbt um Zustimmung zum Änderungsantrag.

Herr Weber

. kritisiert, dass der Bereich Kultur, Bildung und Sport sowie einzelne Einrichtungen von den Sparmaßnahmen des Änderungsantrages ausgenommen seien. Insbesondere hier seien viele freiwillige Leistungen der Stadt angesiedelt.
. teilt mit, dass die AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft den Änderungsantrag entschieden ablehnen werde.

Herr Dr. Meyer

. sagt, dass ein Haushaltssicherungskonzept, welches durch die Fraktion "Gemeinsam für Greifswald" in einer noch kommenden Beschlussvorlage vorgesehen werde, nicht kurzfristig auf die momentanen finanziellen Probleme reagieren könne. Daher werde die Fraktion "Gemeinsam für Greifswald" den im Änderungsantrag genannten Sparvorschlägen für 2026 zustimmen. Dies sei ein erster Schritt, dürfe aber nicht der letzte sein.
. sieht eine Ursache der derzeitigen Haushaltslage in der Personalpolitik der vergangenen Jahre. Als es vor ca. 15 Jahren schon einmal ein extern beauftragtes Haushaltssicherungskonzept gegeben habe, sei ein Haustarifvertrag integriert gewesen. Möglicherweise müsse dieses Vorgehen erneut aufgegriffen werden.

Herr Heil

. ist der Meinung, dass die Verwaltung zu wenig Selbstkritik übe.

Frau Dr. Schwenke

. berichtet von der Diskussion zum Haushalt in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen und ist froh über die gefundene Einigung im Änderungsantrag. Dennoch werden die Sparmaßnahmen auch im Sozial-, Kultur- und Sportbereich spürbar sein.

Herr König

. hebt die Bedeutung von Sport, Bildung und Kultur für die Stadt hervor. Im Vergleich zu dem, was die Stadt an die Einrichtungen und Vereine an finanziellen Mitteln gebe, erhalte sie dafür ein enorm großes und vielfältiges Angebot. Wenn Greifswald sich selbst um die Angebote kümmern müsste, entstünden deutlich höhere Kosten.
. weist darauf hin, dass die unterschiedlichen Prozente der Reduzierung in den Teilhaushalten auf den verschiedenen Gesamtsummen der Teilhaushalte basieren.
. ist der Meinung, dass auf allen Ebenen (Bund, Land und Kommune) Veränderungen passieren müssten, um die Kreditschulden in den nächsten Jahren bewältigen zu können.

Herr Liedtke

. macht deutlich, dass die heutige Diskussion nicht stattfinden müsste, wenn damals der Doppelhaushalt nicht beschlossen worden wäre.
Die Fraktionen, die dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen, nähmen eine Verantwortung für die Stadt wahr.

Der Oberbürgermeister

. befürwortet die Aussage von Herrn Rappen, dass Demokratie von Kompromissen und Zusammenarbeit lebe.
. macht darauf aufmerksam, dass sich viele Städte in einer wesentlich schlechteren Position befänden.
. verwehrt sich gegen die Kritik von Herrn Heil und nennt viele Errungenschaften der Stadt in den vergangenen Jahren.

Herr Weber

. schlägt einige Kürzungen im Bereich Kultur, Bildung und Sport vor, mit denen die AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft dem Änderungsantrag zustimmen könnte.

Herr Heil

. geht auf die Kürzungsvorschläge der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft ein und merkt an, dass dadurch auch das Theater gefährdet werde.

Herr Kramer

. bestärkt die Aussage von Herrn Weber und betont erneut, dass die AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft dem Änderungsantrag nicht zustimmen könne.

Herr Rappen

. greift die Aussage von Herrn Liedtke auf.
. weist drauf hin, dass der Haushalt mit einer großen Mehrheit beschlossen worden sei und dass ohne dessen Beschlussfassung u. a. keine Straßensanierungen, Bildung, Kultur oder Sport fortgeführt hätten werden können.
. könne nicht verstehen, wie einer Haushaltsverbesserung nicht zugestimmt werden könne.

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. lässt über den Änderungsantrag „*Änderungsantrag zu: Haushalt 2025/2026 - Umsetzung der rechtsaufsichtlichen Entscheidung vom 15.04.2025*
Antrag zur Vorlage BV-V/08/0170-07“ (BV-V/08/0170-09) der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald abstimmen.
. lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Herr Dr. Meyer

. stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Unterbrechung der Sitzung.

Es gibt eine formale Gegenrede.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
26	10	3

Pause
20:22 Uhr bis 20:30 Uhr

Beschluss:

¹Die Bürgerschaft beschließt folgende haushaltsverbessernde Maßnahmen für das Haushaltsjahr 2026:

A Aufwendungen

Die von der Verwaltung vorgelegte Veränderungsliste für einzelne Haushaltspositionen wird verworfen. Stattdessen wird das nachfolgende pauschale Kürzungsprogramm beschlossen:

I. Minderausgabe für Teilhaushalte und Deckungsringe

Die Bürgerschaft beschließt für das Haushaltsjahr 2026 Kürzungen der Gesamtaufwendungen je Teilhaushaltsplan und Deckungsring. Die korrespondierenden Auszahlungen werden entsprechend reduziert. Die Kürzungen erfolgen als prozentuale Reduzierung der für das Haushaltsjahr 2026 geplanten Aufwendungen gemäß des Haushaltsplanes. Basis der prozentualen Kürzungen in den Teilhaushalten ist der den Teilhaushalten in eigener Verfügungsberechtigung zur Verfügung stehende Aufwand, d.h. abzüglich der Abschreibungen und der übergreifenden Deckungsringe.

1. prozentuale Kürzungen in den Teilhaushalten

Teilhaushalt:	Kürzung in Prozent:
01	10
02	10
03	22
04	6
05	6
06	4
07	1
09	0,5
11	0
13	12

2. prozentuale Kürzungen in den Deckungsringen

Teilhaushalt:	Kürzung in Prozent:
DPER	1,5
DWER	18
DBEW	10
DEDV	5

II. Ausnahme von den Kürzungen

Die beschlossenen Kürzungen dürfen folgende Positionen des Haushaltes nicht berühren:

1. Die OTV-Budgets, soweit die Kürzung 25% des aktuellen Ansatzes übersteigt.
2. Die Dienstreiseausgaben der Bürgerschaftskanzlei bis zu einer Höhe von 5000 EUR.
3. Die bereitgestellten Mittel zur Unterhaltung von Spielplätzen.
4. Die für die Umzugskostenbeihilfe bereitgestellten Mittel soweit die Kürzung 50% des aktuellen Ansatzes übersteigt.
5. Die angesetzten Mittel im Teilhaushalt 09 unter den Produkten 26200, 28101, 31500, 33100, 36301 ausgenommen der Mittel für den Jugendclub Riems, 36601,

36602, 36603, 36604 und 42100.

6. Die für den Kultur- und Sozialpass bereitgestellten Mittel.
7. Die für die Förderung des Tierparks und der Kunstwerkstätten bereitgestellten Mittel.
8. Die für zusätzliche Unterrichtsmittel bereitgestellten Mittel.

III. Kürzungen bei Aufwandsentschädigungen und Fraktionszuwendungen

Zusätzlich zu den unter I. beschlossenen Kürzungen sollen die Ansätze für Aufwandsentschädigungen für die Teilnahme an bürgerchaftlichen Gremien und die Zuwendungen an die Fraktionen der Bürgerschaft angemessen reduziert werden. Etwaige Kürzungen der Ansätze in diesen Bereichen stehen unter dem Vorbehalt der Änderung der entsprechenden Satzungen. Die Verwaltung wird beauftragt spätestens bis zum ersten Sitzungszyklus des Jahres 2026 Beschlussvorlagen zur Abänderung der entsprechenden Satzungen vorzulegen.

IV. Umsetzung des Kürzungsprogrammes

Die Verteilung der beschlossenen Kürzungen unter Maßgabe der Punkte I. und II. obliegt der Verwaltung. Die Verwaltung ist dabei berechtigt die Kürzungen je Teilhaushalt zu reduzieren, sofern in äquivalenter Höhe die Kürzungen in anderen Teilhaushalten realisiert, werden können. Eine Erhöhung der Kürzungen in den Teilhaushalten 09 und 11 ist hierbei ausgeschlossen.

Sofern die Verwaltung bei Verteilung der Kürzungen zu dem Ergebnis kommt, dass die beschlossenen Einsparziele nicht ohne die Verletzung rechtlicher Verpflichtungen, eine Gefährdung des Wohles der Stadt oder die Kürzung der unter Punkt II. benannten Positionen möglich ist, unterbreitet Sie der Bürgerschaft einen weiteren Beschlussvorschlag zur Anpassung der Einsparziele oder der unter Punkt II. bezeichneten Positionen.

V. Personal

Zur Erreichung der vorgenannten Ziele sind auch Einsparungen im Bereich der Personalkosten erforderlich. Hierbei ist u.a. der dauerhafte Entfall der Poolstellen umzusetzen, ebenso der Entfall derzeit freiwilliger nicht besetzter oder gesperrter Stellen wie „Beauftragte*r Bezahlbarer Wohnraum“ oder „SB Quartierskoordination“. Weiterhin ist ein grundsätzlicher Vakanzzeitraum bei Nachbesetzungen zu prüfen. Freiwerdende Stellen werden auf Notwendigkeit evaluiert und freiwillige Stellenanteile gesperrt. Der Oberbürgermeister informiert fortlaufend über Änderungen am Stellenplan sowie über freie und nachbesetzte Stellen (jeweils mit dem Haushaltsbericht und/oder zum Quartalsende).

B Investitionen

Die von der Verwaltung vorgelegte Veränderungsliste wird unter Maßgabe der folgenden Anpassungen beschlossen:

- I. Lfd. Nr. 6 Gemeindestraßen Verlängerung Herrenhufenstraße: Das Projekt wird mit einem Sperrvermerk versehen bis eine Überplanung stattgefunden hat, in der alle Interessen der Verkehrsteilnehmenden Berücksichtigung finden.
- II. Lfd. Nr. 2, 3, 7 und 8 Gemeindestraßen Sanierung Straßen Gemeindestraßen Sanierung Geh- und Radwege: Kürzungen werden nicht umgesetzt. Punkte werden aus der Liste genommen.
- III. Lfd. Nr. 9 Gemeindestraßen Herstellung neuer Bushaltestellen für das Linienverkehrsnetz: Es ist zu prüfen, in welcher Höhe dieser Posten von den Stadtwerken finanziert werden kann. Ziel ist eine weitere Reduzierung der Mittel

durch Verpflichtung der Stadtwerke auf Umsetzung der Maßnahmen.

¹ Änderungsantrag der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	10	1

Anlage 1 Anlage 1_Erträge und Aufwendungen öffentlich

Anlage 2 Anlage 2_Investitionen öffentlich

6.7.1 Änderungsantrag zu:

**Haushalt 2025/2026 - Umsetzung der rechtsaufsichtlichen
Entscheidung vom 15.04.2025**

BV-V/08/0170-03

- Keine Pachterhöhung für Kleingärten -

Antrag zur Vorlage BV-V/08/0170-01

Ergebnis:

zurückgezogen

**6.7.2 Änderungsantrag zur Vorlage Haushalt 2025/2026 -
Umsetzung der rechtsaufsichtlichen Entscheidung vom
15.04.2025**

BV-V/08/0170-04

Antrag zur Vorlage BV-V/08/0170-01

Ergebnis:

zurückgezogen

6.7.3 Änderungsantrag zu:

**"Änderungsantrag zur Vorlage Haushalt 2025/2026 -
Umsetzung der rechtsaufsichtlichen Entscheidung vom
15.04.2025 - Antrag zur Vorlage BV-V/08/0170-01"**

BV-V/08/0170-06

Ergebnis:

zurückgezogen

6.7.4 Änderungsantrag zu: Haushalt 2025/2026 - Umsetzung der rechtsaufsichtlichen Entscheidung vom 15.04.2025 - Anpassung der Pachten für Kleingärten- Antrag zur Vorlage BV-V/08/0170-01

BV-V/08/0170-08

Ergebnis:

zurückgezogen

6.7.5 Änderungsantrag zu: Haushalt 2025/2026 - Umsetzung der rechtsaufsichtlichen Entscheidung vom 15.04.2025 Antrag zur Vorlage BV-V/08/0170-07

BV-V/08/0170-09

behandelt unter TOP 6.7

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt folgende haushaltsverbessernde Maßnahmen für das Haushaltsjahr 2026:

A Aufwendungen

Die von der Verwaltung vorgelegte Veränderungsliste für einzelne Haushaltspositionen wird verworfen. Stattdessen wird das nachfolgende pauschale Kürzungsprogramm beschlossen:

I. Minderausgabe für Teilhaushalte und Deckungsringe

Die Bürgerschaft beschließt für das Haushaltsjahr 2026 Kürzungen der Gesamtaufwendungen je Teilhaushaltsplan und Deckungsring. Die korrespondierenden Auszahlungen werden entsprechend reduziert. Die Kürzungen erfolgen als prozentuale Reduzierung der für das Haushaltsjahr 2026 geplanten Aufwendungen gemäß des Haushaltsplanes. Basis der prozentualen Kürzungen in den Teilhaushalten ist der den Teilhaushalten in eigener Verfügungsberechtigung zur Verfügung stehende Aufwand, d.h. abzüglich der Abschreibungen und der übergreifenden Deckungsringe.

1. prozentuale Kürzungen in den Teilhaushalten

Teilhaushalt:	Kürzung in Prozent:
01	10
02	10
03	22
04	6
05	6
06	4
07	1
09	0,5
11	0
13	12

2. prozentuale Kürzungen in den Deckungsringen

Teilhaushalt:	Kürzung in Prozent:
DPER	1,5
DWER	18
DBEW	10
DEDV	5

II. Ausnahme von den Kürzungen

Die beschlossenen Kürzungen dürfen folgende Positionen des Haushaltes nicht berühren:

1. Die OTV-Budgets, soweit die Kürzung 25% des aktuellen Ansatzes übersteigt.
2. Die Dienstreiseausgaben der Bürgerschaftskanzlei bis zu einer Höhe von 5000 EUR.
3. Die bereitgestellten Mittel zur Unterhaltung von Spielplätzen.
4. Die für die Umzugskostenbeihilfe bereitgestellten Mittel soweit die Kürzung 50% des aktuellen Ansatzes übersteigt.
5. Die angesetzten Mittel im Teilhaushalt 09 unter den Produkten 26200, 28101, 31500, 33100, 36301 ausgenommen der Mittel für den Jugendclub Riems, 36601, 36602, 36603, 36604 und 42100.
6. Die für den Kultur- und Sozialpass bereitgestellten Mittel.
7. Die für die Förderung des Tierparks und der Kunstwerkstätten bereitgestellten Mittel.
8. Die für zusätzliche Unterrichtsmittel bereitgestellten Mittel.

III. Kürzungen bei Aufwandsentschädigungen und Fraktionszuwendungen

Zusätzlich zu den unter I. beschlossenen Kürzungen sollen die Ansätze für Aufwandsentschädigungen für die Teilnahme an bürgerchaftlichen Gremien und die Zuwendungen an die Fraktionen der Bürgerschaft angemessen reduziert werden. Etwaige Kürzungen der Ansätze in diesen Bereichen stehen unter dem Vorbehalt der Änderung der entsprechenden Satzungen. Die Verwaltung wird beauftragt spätestens bis zum ersten Sitzungszyklus des Jahres 2026 Beschlussvorlagen zur Abänderung der entsprechenden Satzungen vorzulegen.

IV. Umsetzung des Kürzungsprogrammes

Die Verteilung der beschlossenen Kürzungen unter Maßgabe der Punkte I. und II. obliegt der Verwaltung. Die Verwaltung ist dabei berechtigt die Kürzungen je Teilhaushalt zu reduzieren, sofern in äquivalenter Höhe die Kürzungen in anderen Teilhaushalten realisiert, werden können. Eine Erhöhung der Kürzungen in den Teilhaushalten 09 und 11 ist hierbei ausgeschlossen.

Sofern die Verwaltung bei Verteilung der Kürzungen zu dem Ergebnis kommt, dass die beschlossenen Einsparziele nicht ohne die Verletzung rechtlicher Verpflichtungen, eine Gefährdung des Wohles der Stadt oder die Kürzung der unter Punkt II. benannten Positionen möglich ist, unterbreitet Sie der Bürgerschaft einen weiteren Beschlussvorschlag zur Anpassung der Einsparziele oder der unter Punkt II. bezeichneten Positionen.

V. Personal

Zur Erreichung der vorgenannten Ziele sind auch Einsparungen im Bereich der Personalkosten erforderlich. Hierbei ist u.a. der dauerhafte Entfall der Poolstellen umzusetzen, ebenso der Entfall derzeit freiwilliger nicht besetzter oder gesperrter Stellen wie „Beauftragte*r Bezahlbarer Wohnraum“ oder „SB Quartierskoordination“. Weiterhin ist ein grundsätzlicher Vakanzzeitraum bei Nachbesetzungen zu prüfen. Freiwerdende Stellen werden auf Notwendigkeit evaluiert und freiwillige Stellenanteile gesperrt. Der Oberbürgermeister informiert fortlaufend über Änderungen am Stellenplan sowie über freie und nachbesetzte Stellen (jeweils mit dem Haushaltsbericht und/oder zum Quartalsende).

B Investitionen

Die von der Verwaltung vorgelegte Veränderungsliste wird unter Maßgabe der folgenden Anpassungen beschlossen:

- I. Lfd. Nr. 6 Gemeindestraßen Verlängerung Herrenhufenstraße: Das Projekt wird mit einem Sperrvermerk versehen bis eine Überplanung stattgefunden hat, in der alle Interessen der Verkehrsteilnehmenden Berücksichtigung finden.
- II. Lfd. Nr. 2, 3, 7 und 8 Gemeindestraßen Sanierung Straßen Gemeindestraßen Sanierung Geh- und Radwege: Kürzungen werden nicht umgesetzt. Punkte werden aus der Liste genommen.
- III. Lfd. Nr. 9 Gemeindestraßen Herstellung neuer Bushaltestellen für das Linienverkehrsnetz: Es ist zu prüfen, in welcher Höhe dieser Posten von den Stadtwerken finanziert werden kann. Ziel ist eine weitere Reduzierung der Mittel durch Verpflichtung der Stadtwerke auf Umsetzung der Maßnahmen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	10	1

6.8 Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes

BV-P-ö/08/0165-01

Es erfolgt eine gemeinsame Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 6.8 bis 6.11.

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Tagesordnungspunkte auf.

Herr Al-Khouri bringt die Beschlussvorlage „*Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes*“ (BV-P-ö/08/0165-01) der Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative ein.

Herr Dr. Valentin bringt die Beschlussvorlagen „*Haushaltskonsolidierung*

verwaltungstechnisch umsetzen!“ (BV-P-ö/08/0166) und *„Greifswald stabilisiert sich handlungsfähig - Stufenplan für Haushalt und Kredite“* (BV-P-ö/08/0175-01) der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft ein.

Herr Dr. Meyer bringt die Beschlussvorlage *„Haushaltskonsolidierung nachhaltig denken“* (BV-P-ö/08/0182-02) der Mitglieder der Bürgerschaft Herrn Dr. Meyer, Herrn Burmeister und Frau Schmidt ein.

Herr Herbst

. weist darauf hin, dass es einen genehmigten Haushalt für 2025 und für 2026 – vorbehaltlich der heute beschlossenen Änderungen – gebe. Für den Haushalt 2027/2028 sei bereits ein Haushaltssicherungskonzept angekündigt worden, sodass es der Vorlagen zu diesem Thema nicht bedürfe.

. informiert, dass die Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke die Beschlussvorlage *„Haushaltskonsolidierung nachhaltig denken“* (BV-P-ö/08/0182-02) der Mitglieder der Bürgerschaft Herrn Dr. Meyer, Herrn Burmeister und Frau Schmidt ablehnen werde. Die Verwaltung verfüge über ausreichend Kompetenz, Vorschläge für den Haushalt zu erarbeiten und die Politik könne sehr gut mit den Vorschlägen umgehen, sodass es keine externe Begutachtung erfordere.

Die Beschlussvorlagen *„Haushaltskonsolidierung verwaltungstechnisch umsetzen!“* (BV-P-ö/08/0166) und *„Greifswald stabilisiert sich handlungsfähig - Stufenplan für Haushalt und Kredite“* (BV-P-ö/08/0175-01) der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft werde die Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke ebenfalls ablehnen.

Herr Burmeister

. teilt mit, dass die Fraktion "Gemeinsam für Greifswald" der Meinung sei, dass die Stadt einen Plan für die nächsten Jahre hinsichtlich des Haushalts benötige. Ein Haushaltssicherungskonzept solle die nächsten Schritte festhalten.

. hält es für schwierig, dass die Verwaltung von innen heraus, Kürzungen beispielsweise beim Personal vorbringen könne. Daher sei ein externes Gutachten sinnvoll.

. sieht den finanziellen Ansatz der Verwaltung für die Umsetzung des Vorhabens als viel zu hoch an.

Der Haushalt müsse grundlegend geprüft werden und nicht in einzelnen Teilen reduziert werden.

Der Oberbürgermeister

. sagt, dass es eine grundsätzliche Frage sei, wie mit solchen Haushaltssituationen umgegangen werden solle.

. macht deutlich, dass äußere Einflüsse, wie beispielsweise die Kreisumlage, nicht in dem Einflussbereich der Stadt oder des Landkreises lägen. Aufgrund dessen sollten jedoch nicht Leistungen abgebaut werden. Mögliche Leistungskürzungen beständen lediglich im Kultur-, Sport- und Bildungsbereich, da sich andere Dienstleistungen im übertragenen Wirkungskreis befänden.

Leider habe sich in den vergangenen Jahren erwiesen, dass die Digitalisierung keine Kosten einspare sondern verursache – u. a. durch zusätzliches Personal oder Lizenzen.

Externe Organisationsuntersuchungen seien bereits gezielt eingesetzt worden. Das Ergebnis dabei sei jedoch oftmals, dass Personal fehle.

. schätzt ein, dass sowohl die Politik als auch die Verwaltung die Punkte kenne, an denen Einsparungen möglich seien. Diese müssten politisch bewertet werden.

Ein externes Gutachten koste mindestens 750 TEUR, so wie es die Verwaltung ursprünglich angegeben habe.

. hält diese Ausgabe für verschwendetes Geld.

. stellt klar, dass das Haushaltssicherungskonzept gesetzlich geregelt sei. Sofern eine bestimmte Summe nicht erreicht werde, müsse die Verwaltung entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Frau Socher

- . ergänzt die Aussage des Oberbürgermeisters, dass ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt werden müsse, wenn der Haushalt nicht mehr ausgeglichen werden könne. Gleichzeitig müsse ein Zeitraum aufgezeigt werden, wann dies wieder möglich sei.
- . zeigt auf, dass keine genaue Bezifferung der Einnahmen und Ausgaben möglich sei, sodass die Verwaltung oftmals Schätzungen anstellen müsse. Es gebe ein strukturelles Finanzierungsproblem – nicht nur in Greifswald.
- . spricht sich gegen ein extern erarbeitetes Gutachten aus.

Herr Rappen

- . erinnert daran, dass die Bürgerschaft mit dem Änderungsantrag „*Änderungsantrag zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2025/2026*“ *Antrag zur Vorlage BV-V/08/0043*“ (BV-V/08/0043-17) bereits beschlossen habe, dass die Verwaltung Maßnahmen zur mittelfristigen Haushaltskonsolidierung zu erarbeiten habe. Daher seien die diesbezüglichen Vorlagen überflüssig.
- Dennoch hege die CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald durchaus Sympathie für den Antrag von Herrn Dr. Meyer, Herrn Burmeister und Frau Schmidt, da ein Blick von außen oft hilfreich sei.

Herr Hübner

- . sagt, dass die Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI die Beauftragung eines externen Gutachtens nicht unterstützen könne. Allerdings könnten politische Schwerpunkte gesetzt werden, um das Haushaltssicherungskonzept und den Haushalt dahingehend zu steuern.
- . stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Aussprache.

Es gibt eine formale Gegenrede.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Aussprache abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
16	21	2

Frau Damm

- . teilt mit, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN grundsätzlich einer Überprüfung von außen zustimme – jedoch nur für Teilbereiche. Sollte die gesamte Verwaltung überprüft werden, seien die Kapazitäten sehr lange gebunden, um dem externen Begutachter Daten zuzuarbeiten.
- Daher lehne die Fraktion alle ausstehenden Beschlussvorlagen ab.

Herr König

- . empfindet es als sehr zeitaufwendig, den Haushalt in Gänze zu durchsteigen, um vernünftige Haushaltsvorschläge einbringen zu können.
- . kritisiert in diesem Zusammenhang, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen oftmals Vorlagen nicht abstimme und somit kein klares Signal an die Bürgerschaft gebe. Die bürgerschaftlichen Gremien sollten aus seiner Sicht hier besser arbeiten.
- . schlägt vor, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen eine konkrete Aufgabenstellung sowie einzelne Bereiche für eine externe Überprüfung definiere. Diese Arbeit könnte gegebenenfalls in einem Unterausschuss erfolgen.

Herr Heil

- . ist der Meinung, dass die Zahlen, die ein externer Gutachter benötige, bereits in der

Verwaltung vorliegen müssten. Daher sei die Bindung von Kapazitäten für ihn kein Argument.

. hält den Vorschlag, eine externe Begutachtung für einen Teilbereich vorzunehmen, für nicht sinnvoll.

Der Oberbürgermeister

. bestätigt, dass die Aufstellung des Leistungsverzeichnisses und die Zuarbeit der Daten an ein externes Unternehmen enorme Kapazitäten der Stadt binde, die an anderer Stelle fehlen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nimmt die rechtsaufsichtliche Entscheidung des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern vom 15. April 2025 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) gemäß § 49 Abs. 2 i. V. m. § 73 Kommunalverfassung M-V zeitnah zu erarbeiten und der Bürgerschaft zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Erarbeitung insbesondere:

1. mehrere realistische Konsolidierungsszenarien (z. B. mit unterschiedlichen Einspar- und Einnahmeansätzen) darzustellen,
2. die Auswirkungen auf Pflicht-, freiwillige und investive Aufgaben transparent zu benennen,
3. Vorschläge zur Priorisierung kommunaler Leistungen zu unterbreiten,
4. die sozialen, kulturellen und strukturellen Folgen der einzelnen Maßnahmen zu bewerten,
5. eine langfristige Strategie zur Personal- und Organisationsentwicklung, einschließlich einer systematischen Überprüfung der Aufgabenwahrnehmung sowie Maßnahmen zur Modernisierung der Verwaltungsorganisation und -abläufe unter Nutzung moderner Technologien, einzubeziehen, und
6. der Bürgerschaft regelmäßig (vierteljährlich) über den Stand der Erarbeitung und Umsetzung zu berichten; Ziel ist es, ein tragfähiges und nachhaltiges Haushaltssicherungskonzept vorzulegen, das bis zur Aufstellung des Doppelhaushaltes 2027/2028 vorliegt.

Sollte sich im Verlauf der Erarbeitung zeigen, dass zur Sicherstellung der fachlichen Qualität, Neutralität oder Beschleunigung des Prozesses externe Unterstützung erforderlich ist, wird die Verwaltung beauftragt, geeignete kommunale Beratungsagenturen zu prüfen und bei Bedarf ein Verfahren zur externen Beauftragung vorzubereiten. Eine tatsächliche Beauftragung erfolgt erst nach erneuter Befassung und Beschlussfassung durch die Bürgerschaft.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
16	19	4

umsetzen!

behandelt unter TOP 6.8

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Greifswalder Bürgerschaft beschließt:

Vor dem Hintergrund der rechtsaufsichtlichen Bewertung der Haushaltssatzung 2025/2026 der Stadt Greifswald durch das Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung vom 15.04.2025 wird der Oberbürgermeister aufgefordert, die unten aufgeführten Maßnahmen einer Haushaltskonsolidierung verwaltungstechnisch umzusetzen.

1. Der Oberbürgermeister schlägt der Bürgerschaft für den Doppelhaushalt 2025/2026 ein begründetes, zahlenmäßiges Konsolidierungsziel zur Beschlussfassung vor.
2. Das von der Bürgerschaft festgelegte zahlenmäßige Konsolidierungsziel ist Grundlage für die anschließend zu bestimmenden möglichen Sparmaßnahmen für den Doppelhaushalt 2025/2026.
3. Die potenziellen Bereiche für Konsolidierungsmaßnahmen sind der Bürgerschaft im Auftrag des Oberbürgermeisters von der Verwaltung in Form einer Liste vorzulegen. Die bisher bereits vorgelegten Vorschläge können darin enthalten sein.
4. Die Liste der potenziellen Konsolidierungsmaßnahmen soll folgende Bereiche beinhalten:
 - a. Alle freiwilligen Leistungen der Stadt mit Kostentransparenz (getrennt nach Personal, ggf. potenzielle Instandhaltungsmaßnahmen, Materialkosten) und kurze Einschätzung der Folgen einer Reduktion der Förderung, geordnet nach Kostenrelevanz.
 - b. Verwaltungsleistungen, die potenziell gemindert werden könnten und durch einen sozialverträglichen Personalabbau mit einer nachhaltigen Kostenreduktion verbunden wären.
 - c. Alle Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises, die im Saldo eine Diskrepanz zwischen realen Kosten und der tatsächlichen Kostenerstattung durch Land/Bund aufweisen.
5. Der Oberbürgermeister stellt in Form einer Liste dar, welche städtischen Vermögenswerte (Liegenschaften o. ä.) durch Verkauf zu einer Haushaltskonsolidierung in welcher möglichen Größenordnung beitragen könnten, entweder durch potenzielle Kostenreduktion und/oder durch Verbesserung der Einnahmeseite.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
10	27	2

6.10 Haushaltskonsolidierung nachhaltig denken**BV-P-ö/08/0182-02**

behandelt unter TOP 6.8

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, eine kommunale Beratungsagentur - wie zum Beispiel die KUBUS GmbH (<https://kubus-kommunalberatung.de/>), die KOM/CON Kommunalberatung (<https://www.kommunalberatung-kpc.de/>) oder ähnliche geeignete Unternehmen – mit der Erstellung eines langfristigen Haushaltssicherungskonzeptes zu beauftragen. Dazu soll die Verwaltung eine entsprechende Ausschreibung vorbereiten und der Bürgerschaft vorlegen. Dieses Haushaltssicherungskonzept soll möglichst zur Beschlussfassung des Doppelhaushaltes 2027/28 vorliegen, um einen langfristigen Entschuldungsplan für die UHGW zu entwickeln. In der Verwaltung wird eine fachübergreifende Arbeitsgruppe gebildet, um die notwendigen Informationen und Daten für das externe Beratungsunternehmen bereitzustellen.

Ziel dieses zu erarbeitenden Haushaltssicherungskonzeptes ist es, eine nachhaltige Stabilisierung der kommenden Haushalte zu erreichen, verbunden mit der Maßgabe, möglichst zeitnah zu ausgeglichenen Haushalten zu kommen. Dabei ist insbesondere die Erarbeitung eines Personalentwicklungskonzeptes mit einer umfassenden Aufgabenkritik von besonderer Bedeutung, um den Personalkostenanteil des Gesamthaushaltes nachhaltig und langfristig zu reduzieren.

Ebenso sollte ein Konzept für die Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen und -abläufen eine zentrale Bedeutung einnehmen, um neue haushaltswirksame Einsparpotentiale zu finden.

Der Finanzausschuss der UHGW wird dazu die Rolle als Begleitausschuss für die Erstellung und Umsetzung des HSK übernehmen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
14	25	0

6.11 Greifswald stabilisiert sich handlungsfähig - Stufenplan für Haushalt und Kredite

BV-P-ö/08/0175-01

behandelt unter TOP 6.8

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr Weber seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Kurzfristige Maßnahmen (bis 10. Oktober 2025)

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die im laufenden Bereich und im investiven Bereich enthaltenen 20 TOP-Produkte mit hoher Kostenrelevanz und Pflichtigkeit (insbesondere Pflichtaufgaben, Großprojekte und kostenintensive Bereiche) bis zum 10. Oktober 2025 mit

- einem Pflicht-/Freiwillig-Abgleich,
- einer Kostenrelevanz-Matrix (laufend/investiv, Einspareffekt, langfristiger Finanzbedarf),
- einer Mehrjahresprojektion bis 2028, sowie
- einer Deckungsbeitragsrechnung, soweit möglich, insbesondere für Aufgaben des

übertragenen Wirkungskreises,
zu versehen und der Bürgerschaft zur Beratung vorzulegen.

2. Aggregierte Teilhaushalte (bis 10. November 2025)
Bis zum 10. November 2025 erstellt die Verwaltung auf Basis der bestehenden Haushaltsstruktur eine aggregierte Auswertung nach Teilhaushalten bzw. Produktgruppen, die die vorgenannten Analyseinstrumente für insgesamt ca. 40 TOP-Produkte (bestehend aus den Produkten der ersten Analysestufe plus weiteren wichtigen Aufgabenbereichen) in zusammengefasster Form enthält.
Diese Auswertung wird dem Bericht an das Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung beigelegt, um den eigenständigen Konsolidierungsansatz der Stadt darzustellen.
3. Gesamthaushalt (bis 31. März 2026)
Für den gesamten Haushalt mit allen Produkten wird die vollständige Anwendung der genannten Analyseinstrumente der Bürgerschaft bis spätestens 31. März 2026 vorgelegt.
4. Verbindliches Konsolidierungsziel (bis 31. Januar 2026)
Auf Basis der Ergebnisse der ersten beiden Analysestufen (Kurzfristige Maßnahmen, Aggregierte Teilhaushalte) unterbreitet der Oberbürgermeister der Bürgerschaft spätestens bis zum 31. Januar 2026 einen Vorschlag für ein verbindliches Konsolidierungsziel (jährliches Defizitreduktionsvolumen bis 2028).
5. Verknüpfung mit Kreditaufnahme
Die Fortschritte der Analysestufen und das von der Bürgerschaft zu beschließende Konsolidierungsziel sind bei der Inanspruchnahme von Kreditermächtigungen nach BV-V/08/0177 zu berücksichtigen. Vor jedem Abruf von Investitionskrediten ist durch die Verwaltung ein Prüfbericht vorzulegen, der die Vereinbarkeit der vorgesehenen Investitionen mit den Konsolidierungszielen und den Ergebnissen der Analysestufen nachweist.
6. Externe Unterstützung und Kostendeckelung
Für die Durchführung der Analysen kann der Oberbürgermeister bei Bedarf externe fachliche Unterstützung beauftragen. Die Kosten hierfür sind auf ein für die Haushaltslage vertretbares Maß zu begrenzen und der Bürgerschaft offenzulegen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
10	27	1

6.12 Greifswald stark & solidarisch: Gewerbesteuer moderat anpassen

BV-P-ö/08/0181-01

Ergebnis:

vertagt

7 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der

Bürgerschaft

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Heil

. fragt, weshalb in der Führerscheinstelle noch ein Foto mitgebracht werden müsse, während das im Einwohnermeldeamt nicht mehr notwendig sei.

Herr Lerm

. antwortet, dass die Prozesse in beiden Abteilungen an unterschiedliche Fachverfahren geknüpft seien. Eine Umstellung hänge von externen Dienstleistern und gesetzlichen Grundlagen ab.

Herr Winter

. möchte wissen, weshalb die Neugeborenenprämie zwar beworben, aber nicht ausgezahlt werde.

. bittet um Prüfung, ob es in der Nähe der Karl-Krull-Grundschule eine Möglichkeit gebe, für die Lehrkräfte kostenfreie Parkplätze einzurichten.

Der Oberbürgermeister

. sagt, dass die erste Frage mitgenommen und geprüft werde.

Zu der zweiten Frage sei zu sagen, dass die Arbeitnehmenden keinen Anspruch auf einen kostenfreien Parkplatz hätten. Bei manchen Schulen sei dies problemlos leistbar. Aber gerade in der Innenstadt sei die Umsetzung schwierig. An den Stellen, an denen es möglich sei, setze die Verwaltung dies bereits um.

Frau Socher verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.

Herr Dr. Kerath

. berichtet, dass sich durch die Renaturierung des Ketscherinbachs Biber dort angesiedelt und mehrere Staudämme gebaut hätten.

. fragt,

- ob die Schutzmaßnahme, weshalb der Ketscherinbach eingerichtet worden sei, hinfällig geworden sei.
- wie der alte Zustand wiederhergestellt werden könne.
- wie der Regen verlässlich abfließen könne, ohne die Biber zu gefährden.

Der Oberbürgermeister

. teilt mit, dass der Ketscherinbach noch seine Schutzfunktion erfülle. Das Kollegium des Abwasserwerks Greifswald versuche zwischen Artenschutz und Hochwasserschutz ihr Möglichstes. Gelegentlich gebe es – sofern machbar – Eingriffe. Die Situation habe man jedoch im Griff.

Herr Weber verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.

Frau Damm

. bedankt sich für die schnelle Umsetzung der Installation einer Beleuchtung in der Hafenstraße.

Die Präsidentin der Bürgerschaft beendet die öffentliche Sitzung der Bürgerschaft um 21:30 Uhr.

Herr Reuken verlässt die Sitzung.

Protokollführung

Präsidentin der Bürgerschaft

Sarah Wiesenberg

Prof. Dr. Madeleine Tolani